

INHALT

1. Zum Girls' Day in die CDU-Landtagfraktion
2. Konzept für Schulsozialarbeit wird eng mit Kommunen abgestimmt
3. Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes
4. Ringen um Glücksspielstaatsvertrag geht weiter
5. Handwerk in überaus guter Verfassung
6. Tourismusbarometer: Touristiker zuversichtlich für 2011

15.04.2011

Zum Girls' Day in die CDU-Landtagfraktion

Mädchen informierten sich über die Berufsfelder in Fraktion und Parlament



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

Das Interesse an der Arbeit im Parlament und in der Fraktion war auch am diesjährigen Girls' Day, dem so genannten Mädchen-Zukunftstag, ungebrochen. 13 Mädchen im Alter zwischen 13 und 16 Jahren aus Altenholz, Bad Schwartau, Kiel, Neumünster, Norderstedt und Rendsburg informierten sich einen Tag lang über die Berufsfelder und die Arbeit im Landeshaus.

Vormittags diskutierten sie mit den Landtagsabgeordneten Katja-Rathje Hoffmann, Heike Franzen, Ursula Sassen und Werner Kalinka und informierten sich über die Tätigkeiten der Abgeordneten. Anschließend wurde ihnen von der Landtagsverwaltung die Funktions- und Arbeitsweise des Parlamentes und seiner unterschiedlichen Abteilungen erläutert. Am Nachmittag gab es Gelegenheit, mit den Mitarbeitern der Landtagsfraktion zu sprechen und an den täglichen Abläufen in der Fraktion teilzunehmen. So gewannen die „Girls“ in kurzer Zeit einen tiefen Einblick über die unterschiedlichen Tätigkeiten der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter aber auch der Abgeordneten im Landeshaus in Kiel.

Der Girls' Day ist das größte Berufsorientierungsprojekt für Schülerinnen. Seit dem Start der Aktion im Jahr 2001 haben bei einer stetig steigenden Zahl an Veranstaltungen insgesamt über 1.000.000 Mädchen teilgenommen.

Konzept für Schulsozialarbeit wird eng mit Kommunen abgestimmt

Soziale Brennpunkte nicht von Bildung abkoppeln!

Die CDU-geführte Landesregierung macht Ernst mit der Förderung der Schulsozialarbeit: „Ziel ist es, alle aus Bund und Land für Schulsozialarbeit zur Verfügung stehenden Mittel effektiv und Ziel führend an sozialen Brennpunkten einzusetzen. Dafür wird es ein gemeinsames Konzept mit den Kommunalen Spitzenverbänden geben“, erklärte dazu die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Heike Franzen, in dieser Woche.

2,5 Millionen Euro sind im Landeshaushalt 2011/12 für Schulsozialarbeit vorgesehen. Diese Mittel sollen nach Abstimmung mit den Kommunalen Landesverbänden vorrangig im Bereich der Grundschulen eingesetzt werden. Dort stünden sie für präventive Schulsozialarbeit in sozialen Brennpunkten zur Verfügung.

Dazu sollen regionale Budgets erstellt werden, über deren konkrete Verwendung sich die Schulämter und örtlichen Schulträger abstimmen werden. Einzelheiten werden derzeit zwischen der Landesregierung und den Kommunalen Landesverbänden ausgehandelt.

Aus Bundesmitteln stehen jährlich zusätzlich bis zu 13 Millionen Euro zur Verfügung. Damit können die Kommunen Schulsozialarbeit im gesamten Schulbereich, vorrangig in der Sekundarstufe I und der politischen Bildung finanzieren. Den Kommunalen Spitzenverbänden ist in dieser Woche im Rahmen der „vorgezogenen Beteiligung“ ein Gesetzentwurf zur landesrechtlichen Umsetzung zugegangen.

„Das Konzept soll und wird sicher stellen, dass Kommunen, die sich bereits in der Schulsozialarbeit engagieren, keinesfalls benachteiligt werden“, betonte Franzen.



Heike Franzen, MdL

Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes Symposium berät unter dem Motto „Einfach gerecht“

In der vergangenen Woche fand ein gemeinsames Symposium des Finanzministeriums mit dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel statt. Diskutiert wurde ein von Finanzminister Rainer Wiegard vorgelegter Plan zur Vereinfachung der Umsatzsteuer.

Finanzminister Rainer Wiegard stellte auf dem Symposium einen Vorschlag vor, den Regelsatz auf 16 % abzusenken und dafür alle Ermäßigungstatbestände zu streichen. Für die eigentliche Zielgruppe mit einem Ausgleichsbedarf könne man entsprechend nachsteuern. Ziel des ermäßigten Steuersatzes bei seiner Einführung 1967 war es, allen Bevölkerungskreisen den Zugang zum Lebensmittelgrundbedarf zu sichern.

Herr Dr. Boss vom Institut für Weltwirtschaft betonte, man könne Einkommensschwache eher über Transfers besser stellen als über abgesenkte Tarife bei der Umsatzsteuer, da diese zielungenaue allen zugute kämen. So würden „alle Maßnahmen, die das Finanzministerium vorschlägt, das Steuersystem in die richtige Richtung fortentwickeln“.

Günter Ernst-Basten, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Schleswig-Holstein, hob hervor, dass es derzeit im Umsatzsteuerrecht sehr viele Ermäßigungstatbestände ohne eine Zielrichtung zugunsten sozial Benachteiligter gebe.

Prof. Dr. Ashok Kaul von der Universität des Saarlandes, Leiter der vom Bundesfinanzministerium beauftragten Umsatzsteuerkommission, erklärte, dass die Umsatzsteuer als indirekte Steuer mit Blick auf Verteilungsziele nicht so zielgenau sei wie zum Beispiel die Einkommensteuer. Demzufolge sei sein Vorschlag, die Ermäßigung für Lebensmittel beizubehalten. Den ermäßigten Mehrwertsteuersatz im Bereich Lebensmittel könne man nur streichen, wenn man einen entsprechenden sozialpolitischen Ausgleich vornehme, so Kaul.

Die Presseerklärung des Finanzministers zu seinen Vorschlägen finden Sie unter folgendem Link:

http://schleswig-holstein.de/FM/DE/Service/Presse/PI/2011/110411_einfachGerecht.html



Rainer Wiegard, MdL und Finanzminister

Ring um Glücksspielstaatsvertrag geht weiter Vorschlag der 15 Ministerpräsidenten sieht Netzsperrn vor

In dieser Woche wurde bekannt, dass der Entwurf der 15 Ministerpräsidenten sowohl Internetsperrn für im europäischen Ausland zugelassene Wettanbieter vorsieht, als auch eine Kontrolle der Zahlungsströme. Schon am Dienstag erklärte die Grüne Landtagsfraktion in Bremen den Staatsvertrag aus diesem Grund für nicht zustimmungsfähig. Ebenfalls in dieser Woche beschloss das Bundeskabinett das Aus für den Aufbau einer Sperrinfrastruktur für kinderpornografische Internetseiten. Vor diesem Hintergrund kann mit Spannung erwartet werden, ob die 15 Ministerpräsidenten ihren Plan tatsächlich weiter verfolgen.

Denn die Sperrung ausländischer Anbieter ist integraler Bestandteil des offensichtlich weitgehend aus der Feder des staatlichen Lotto-Toto Blocks stammenden Vorschlages der anderen Bundesländer. So hatte der federführende Chef der staatlichen Lotterieverwaltung bereits 2009 exakt diese Instrumente in Verbindung mit einer hohen Abgabe gefordert.

In der Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses am 13. April 2011 wurde im Zusammenhang mit dem Glücksspielstaatsvertrag deutlich, dass die Spielsuchtgefährdung Ernst genommen werden muss.

Der Vorschlag von CDU und FDP in Schleswig-Holstein sieht in diesem Bereich wirksame Instrumente vor, auf die sich jeder konzessionierte Anbieter verpflichten müsste. Im Bereich der Sportwetten finden derzeit über 90 Prozent im grauen Markt über ausländische Anbieter im Internet statt. Ziel Schleswig-Holsteins ist es, über die Konzessionierung auch den Spielerschutz im Internet zu verbessern.



Hans-Jörn Arp, MdL

Handwerk in überaus guter Verfassung 30 % der Betriebe beurteilen die Geschäftslage mit „gut“

Die Ergebnisse der Umfrage der Handwerkskammern Lübeck und Flensburg zum ersten Quartal 2011 sind ausgesprochen positiv. Von 550 befragten Betrieben in Schleswig-Holstein beurteilen 30 Prozent ihre Geschäftslage als gut. Weitere 55 Prozent äußern sich zufrieden und nur 15 Prozent bewerten ihre Lage mit „schlecht“. Damit sind die Ergebnisse im Vergleich zum vierten Quartal des letzten Jahres stabil geblieben. Auch zwischen den Kammerbezirken gibt es kaum Unterschiede in der Bewertung.

Darüber hinaus blickt das Handwerk positiv in die Zukunft. Eine gesteigerte Nachfrage sorgt

für Optimismus. 43 Prozent der Betriebe hoffen auf eine verbesserte Geschäftslage, 54 Prozent sehen keine Veränderung und nur 3 Prozent befürchten eine Verschlechterung ihrer Situation. Das spiegelt sich auch in den Beschäftigungszahlen wieder. So rechnen 20 Prozent der Betriebe mit einer Zunahme ihrer Beschäftigtenzahlen und nur vier Prozent wollen Mitarbeiter abbauen.

Der mittelstandspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen, dazu: "Das Handwerk als wichtige Säule unserer mittelständischen Wirtschaft ist ein guter Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins. Aus der Umfrage kann man daher schließen, dass es ein sehr erfolgreiches Jahr für die Wirtschaft in unserem Land wird."

Gestützt wird diese Zuversicht durch die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute. Sie haben ihre Prognose für das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes im laufenden Jahr auf 2,8 % angehoben. "Mit unserer mittelstands- und handwerksfreundlichen Wirtschaftspolitik werden wir diesen Trend unterstützen", so Callsen. So habe der Landtag erst kürzlich eine Initiative zur Bekämpfung des Fachkräftemangels verabschiedet. "Wir werden weiter die Rahmenbedingungen optimieren, damit auch zukünftig die Stimmung im Handwerk auf hohem Niveau bleibt."

Den Antrag der CDU-Landtagsfraktion finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1300/drucksache-17-1375.pdf>

Weitere Informationen zum Handwerk in Schleswig-Holstein finden Sie auf der Seite der Handwerkskammer unter:

<http://www.hwk-sh.de/>



Johannes Callsen, MdB

Tourismusbarometer: Touristiker zuversichtlich für 2011 **Positives Jahresergebnis in 2010 – aber schlechter als der Bundesdurchschnitt**

Schleswig-Holstein konnte mit 5,98 Mio. Ankünften (+2,2%) im vergangenen Jahr einen Gästerekord verbuchen. Und mit 24,5 Mio. Übernachtungen (+0,6%) erreichte diese Zahl den höchsten Wert seit 1995. Allerdings blieb die Entwicklung der Nachfrage hinter der des Bundesgebietes zurück.

Grund waren die extremen Wetterbedingungen in den Wintermonaten sowie die Hitze im Juni und Juli. Sie wirkten sich negativ auf die Besucherzahlen bei den Kultur- und Freizeiteinrichtungen aus. Hier war im vergangenen Jahr ein Rückgang von 3,8% zu verzeichnen. Gerade in diesem Bereich aber herrscht Zuversicht für 2011. Die Hoffnung auf besseres Wetter insbesondere während der später liegenden Osterferien stimmt in Verbindung

mit verstärkten Marketingmaßnahmen viele Touristiker optimistisch.

Neben dem Tourismusbarometer liegen mit den Berechnungen des dwif (Deutsches Wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr e.V.) 2011 erstmals Ergebnisse über die Einkommens- und Mehrwertsteuereffekte des Tourismus für Schleswig-Holstein vor. Demnach generierte der Schleswig-Holstein-Tourismus allein im Vorjahr ein Steueraufkommen für Bund, Länder und Kommunen von 844 Mio. Euro.

Investitionen in touristisches Marketing und die touristische Infrastruktur lohnen sich nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Kommunen, so das Institut. Zum Beispiel überstiegen sowohl in Timmendorfer Strand als auch in St. Peter-Ording die kommunalen Einnahmen die Ausgaben. In beiden Orten werden durch die Touristen Bruttoumsätze im deutlich dreistelligen Millionenbereich erwirtschaftet.



Hartmut Hamerich, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de